Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 12

Artikel: Warum wird nicht abgerüstet?
Autor: Morray, J.P.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140617

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

religiösen Grundsätze. Selbst wenn ich annehmen könnte — und Wissenschafter sind gegenteiliger Auffassung —, daß Unterstände Menschen zu retten imstande sind — so kann ich doch niemals zustimmen, wenn Zivilschutzdirektor Ellis plant, nur einen Teil der Nation, hauptsächlich Militärs und Rüstungsspezialisten, zu retten.

Ich bin meines Bruders Hüter, ich kaufe kein Gewehr, um meinen Nächsten niederzuknallen. Ich baue nicht einmal einen Unterstand, der, wenn überhaupt Überleben — dann höchstens eine Nachkriegswelt von genetisch geschädigten Kindern in Aussicht stellt.

Und trotz aller Propaganda für Zivilschutz und Kriegsbereitschaft glaube ich, daß der Präsident bereit ist, über die schwebenden Fragen zu unterhandeln, und trotz Wiederaufnahme der Atomversuche in Sibirien bin ich der Überzeugung, daß Mr. Chruschtschew willens ist, eine friedliche Lösung zu finden, wozu beiderseitiges Nachgeben nötig ist.

Was heute für einen Amerikaner, Russen, Engländer oder Franzosen, Japaner oder Chinesen als einzige Möglichkeit übrigbleibt, ist nicht, eine Schaufel zu ergreifen und ein Loch zu graben, sondern hinzugehen und an den Mann, der für sein Volk die Verantwortung trägt, etwa diese Worte zu richten: «Im Namen der Menschheit macht euch an die Arbeit, bereinigt eure Differenzen am runden Tisch und steht nicht wieder auf, bis ihr die ersten Artikel eines Abkommens unterschrieben habt. Es gibt keine Alternative.»

Wenn schon das Volk der vierte Zweig unserer Regierung ist, wie man uns versichert, so ist es höchste Zeit, daß dieser vierte Zweig sich vernehmen lasse, und zwar laut und unmißverständlich und immer wieder. Wir wollen leben — wir haben kein Rendez-vous mit dem Tod. Was die Millionen verlangen müssen, ist die Möglichkeit, zu leben und zu lieben, nicht Elend und Haß und Tod in Unterständen. Darum gehe heute niemand zur Ruhe, ohne diese Bürgerpflicht getan zu haben. Ihr seid das Volk. Sorgt dafür, daß man auf euch hört!

Warum wird nicht abgerüstet?

Der amerikanische Universitätsprofessor *J. P. Morray* ist der Verfasser eines gelehrten Buches, das sich «From Yalta to Disarmament» («Von Jalta zur Abrüstung») betitelt. Im Oktoberheft der Neuyorker «Monthly Review» faßt er einige Leitgedanken seines Werkes zusammen und bringt sie in höchst aufschlußreiche Beziehung zu den brennenden Fragen, die uns in diesen Wochen und Monaten so lebhaft beschäftigen: Berlin, Deutschland, Kernwaffenerprobung. Eine Wiedergabe des Hauptteiles seines Aufsatzes ist wohl auch unseren Lesern wilkommen. H. K.

Professor Morray stellt zunächst die Abrüstungsbemühungen dar, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgenommen wurden, aber zu nichts

führten, weil, wie er sagt, die Politik der Vereinigten Staaten eine «lähmende Zwielichtigkeit» aufwies. Dann fährt er fort:

«Im Jahre 1955 machten die Sowjetvertreter den langen, fruchtlosen Verhandlungen über zwei Fragen ein Ende: 1. Die Höhe der Streitkräfte, die auf Grund eines Abrüstungsvertrags noch erlaubt sein sollten, und 2. die zeitliche Verknüpfung einer Herabsetzung der herkömmlichen Rüstungen mit der Ausschaltung der Kernwaffen. Die Sowjetunion nahm jetzt einfach die westlichen Vorschläge zu diesen beiden entscheidend wichtigen Punkten an. Die Bestürzung in Washington war noch niemals so groß wie damals, als dieser bedeutsame Schritt zu einem Abrüstungsvertrag gemacht wurde. Als sich die überraschte Regierung von diesem gefährlichen Abrutschen nach einem Zielband hin, das zugleich ein Abgrund war, erholt hatte, begann Stassen, auf Anordnung Präsident Eisenhowers, die ganze Frage neu zu studieren. Das Staatsdepartement war in eine Mausefalle geraten. Die Weisungen des Präsidenten lauteten, man müsse jetzt die Ansichten der Militärs ebenso in Erwägung ziehen wie diejenigen der Zivilbeamten.

Das Ergebnis dieses Neustudiums war, daß die Vereinigten Staaten allen ihren früheren Abrüstungsvorschlägen gegenüber ‚Vorbehalte anbrachten'. An ihre Stelle rückte Präsident Eisenhower mit seinem Vorschlag für einen ‚offenen Luftraum' heraus und stellte alle früheren Erwägungen über eine Rüstungsverminderung hinter ‚vertrauenschaffenden Maßnahmen' wie Austausch von Waffenmodellen und unbegrenzte Lufterkundung zurück. Die Sowjets erwiderten, diese Maßnahmen seien grundsätzlich annehmbar; sie sollten als eine der Schlußvorkehrungen eines Abkommens über die Rüstungsbegrenzung und das Verbot von Kernwaffen durchgeführt werden, zwei Fragen, die Präsident Eisenhower auf die lange Bank geschoben hatte. Der Vorschlag des Präsidenten befriedigte das Pentagon (den Wehrmachtsstab), dem er die erregende Aussicht auf unbegrenzte Einsichtnahme in Ziele innerhalb der Sowjetunion eröffnete. Er legte die Grundlinie der amerikanischen Politik fest, die in mehr oder weniger verschleierter Form Jahr um Jahr von den Vertretern Amerikas entwickelt wurde: Zuerst Kontrollen, die wirksam ausgeübt werden müssen, und erst dann Verpflichtungen zur Abrüstung. Die Sowjetunion wird wahrscheinlich eine Kontrolle unter diesen Bedingungen nicht zulassen, so daß die gefürchtete Verpflichtung getrost in einer Schublade versenkt werden kann.

Die Kernwaffenversuche

Ein zweiter Höhepunkt kam im Jahre 1958 mit der Frage der Kernwaffenversuche. Der Ruf nach einer Einstellung der Kernwaffenversuche wurde zuerst von der indischen Regierung dringlich erhoben und von der Bandung-Konferenz im Jahre 1955 kräftig unterstützt. Die Sowjetunion machte daraus im Mai 1955 einen förmlichen Vor-

schlag an die Westmächte, wobei die Einstellung von einem internationalen Ausschuß ‚überwacht' werden sollte. Die Vereinigten Staaten zeigten sich bereit, Zeit und Ort von Versuchen im voraus mitzuteilen, erklärten aber, die Fortsetzung der Versuche sei nötig, um ‚die Sicherheit der freien Welt' aufrechtzuerhalten.

Im März 1958 elektrisierte die Sowjetunion die Welt durch die Verkündung ihres Entschlusses, ‚Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen jeder Art . . . einseitig einzustellen' und sie nicht wiederaufzunehmen, außer wenn die Westmächte ihre Versuche fortsetzten. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien bekundeten ihre Ablehnung des sowjetischen Angebots, indem sie die bereits für den Sommer 1958 geplanten Versuche durchführten. Aber der kühne und dramatische Vorstoß der Sowjetunion machte die britisch-amerikanische Haltung nur um so angreifbarer — ein bedenklich schwacher Punkt im ideologischen Ringen. Wie es im Jahre 1952 notwendig geworden war, der amerikanischen Diplomatie ein neues Gesicht zu geben (wenn auch ohne Änderung des Wesens der Politik), so war jetzt eine weitere Krise dieser Art entstanden. Man begegnete ihr diesmal durch den Vorschlag, die Frage der Kontrolle in einem Abkommen über die Einstellung der Versuche den technischen Sachverständigen zur Behandlung zu überweisen. Die Besprechungen sollten jedoch ganz unverbindlicher Art sein und keinerlei Verpflichtung einschließen, die Versuche tatsächlich einzustellen, oder, wie sich das Staatsdepartement ausdrückte, ‚ohne Vorwegnahme der Haltung des einen oder andern Staates in bezug auf die zeitliche Durchführung und gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Seiten der Abrüstung'.

Die Zwielichtigkeit der amerikanischen Politik erwies sich klar in dem Schicksal der Genfer Sachverständigenkonferenz vom Juli und August 1958. Die Sachverständigen traten zusammen und stellten einstimmig fest, daß die Ausführung eines Abkommens über die Einstellung der Versuche wirksam überwacht werden könne. Sie nahmen ein weltweites Netz von Kontrollposten in Aussicht, davon annähernd 20 in der Sowjetunion. Sie nahmen auch an, daß etliche einseitige Inspektionen verdächtiger Ereignisse an Ort und Stelle erlaubt würden, die genügen könnten, um die Entdeckung von Verletzungen des Abkommens zu ermöglichen, wenn auch Sicherheit für eine Entdeckung nicht gewährleistet werden könne. Als die Konferenz auseinanderging, glaubte die Welt einen Augenblick, jetzt beginne wirklich das Morgenrot am Himmel zu erscheinen. Diese utopische Hoffnungsfreudigkeit unterschätzte aber die Findigkeit der amerikanischen Regierung in den notwendigen Künsten der Doppelsinnigkeit. Eine Gesellschaft, die bereits ‚industrielle Beziehungen' und ‚Beziehungen zur Öffentlichkeit' (verschleiernde Bezeichnungen für ‚Wirtschaftskampf' und ‚Gesellschaftsreklame' H. K.) geschaffen hatte, wird sich auch einen dauernden Namen machen mit der Vervollkommnung der diplomati-

schen Kunst, neue Möglichkeiten zu entdecken, um ein unerwünschtes Abkommen mit Scheingründen hinauszuzögern.

Innert weniger Wochen hatte die Regierung der Vereinigten Staaten das Vertrauen in den Genfer Bericht vom August 1958 verloren. Sie hatte sich jetzt die Ansicht einer Forschergruppe, mit Dr. Edward Teller an der Spitze, zu eigen gemacht, daß unterirdische Explosionen geringeren Grades nicht von Erdbeben unterschieden werden könnten. Alle derartigen Explosionen unterhalb eines Erschütterungsgrades, der ungefähr 20 Kilotonnen (die Stärke der Explosion über Hiroshima) entspreche, sollten von dem Vertrag über ein Versuchsverbot ausgenommen sein. Dank einem glücklichen Zufall wollte das Verteidigungsdepartement weitere Versuche eben in diesem Grad. Die Vereinigten Staaten begrüßten jedoch diejenigen Teile des Genfer Berichtes, die die Errichtung von Kontrollposten und die Entsendung von Inspektionen an Ort und Stelle vorsahen. Die Posten sollten so bald als möglich errichtet und die einseitigen Inspektionen begonnen werden — je mehr, desto besser. Die Vereinigten Staaten, die immer ‚Kontrolle ohne Abrüstung' erstrebten, betrachteten die Verhandlungen über ein Versuchsverbot als Gelegenheit, durch grundsätzliche Freiheit des Zuganges zu sowjetischem Gebiet Einblick in die Sowjetunion zu gewinnen, ohne selbst auf irgendwelche Waffen zu verzichten und ohne das Recht auf Durchführung von Versuchen preiszugeben, die vielleicht nur bis zum Ende einer Pause von einem, zwei oder drei Jahren (je kürzer, desto besser nach Ansicht der amerikanischen Unterhändler) verschoben werden müßten.

Die ernsteste Sorge der amerikanischen Regierung war die tatsächliche Einstellung der Kernwaffenversuche, die ohne förmliche Abmachung erfolgte, als im Oktober 1958 die Verhandlungen begannen. Ein Bruch dieser stillschweigenden Vereinbarung mußte die Weltöffentlichkeit vor den Kopf stoßen. Wie man aus dieser Zwangslage herauskommen, wie man die Versuche wiederaufnehmen sollte ohne verheerenden Vertrauensverlust in der neutralen Welt, das war eine der hübschesten Knacknüsse, welche die neue Regierung von den abtretenden Republikanern geerbt hatte. Es war eine allbekannte Tatsache, daß die Regierung die Wiederaufnahme der Versuche für 1961 vorbereitete, trotzdem die Folgen bedauerlich sein mußten. Daß es nun aber die Sowjetunion war, die einen von langer Hand vorbereiteten diplomatischen Sieg opferte und den Vereinigten Staaten eine fast sichere Rüge der UNO-Versammlung ersparte, mag widersinnig scheinen. Es bezeugte aber nur den äußersten Ernst der Weltlage, in der die wirkliche Drohung eines Atomkrieges einen in Aussicht stehenden Propagandasieg ganz nebensächlich macht. Die langsame, stetige Bloßstellung der amerikanischen Heuchelei in der Versuchsfrage war eine Taktik, die aufgegeben werden mußte, bevor sie ihre Früchte getragen hatte, weil sich immer mehr die offenkundigen Anzeichen häuften, daß für die amerikanische Regierung der heiße und

nicht der kalte Krieg auf der Tagesordnung stand. Der Rückstand der Sowjetunion in der Erprobung der Kernwaffen wurde von Chruschtschew zweifellos als schwere Belastung empfunden, die um so gefährlicher wurde, je wahrscheinlicher der Krieg wurde.

Vollständige Abrüstung!

Ein dritter Höhepunkt, der sich aus den endlosen Abrüstungsverhandlungen heraushob, wurde in der 14. Tagung der UNO-Generalversammlung im September 1959 erreicht. Vor diesem Zeitpunkt hatte die Kontrollfrage, die Frage, wie die Erfüllung eines Abkommens über die Rüstungsbeschränkung festzustellen sei, die Mächte gespalten. In einem neuen dramatischen Vorstoß, der jenen westlichen Vertretern, die gegen einen Vertrag mit Einschluß der scheinbar unlösbaren Kontrollfrage waren, den Boden unter den Füßen wegzog, legte Ministerpräsident Chruschtschew seinen Vorschlag für eine ‚allgemeine und vollständige Abrüstung' vor, die mit allen von den Westmächten gewünschten Kontrollen versehen sein sollte. Er nahm nicht nur den offenen Luftraum an, sondern wollte überhaupt alles offengelegt wissen. Er bot den westlichen Inspektoren an, daß sie ‚ihren Eifer bis zum Letzten ausleben', überall hingehen und fortlaufend alles besichtigen dürften, mit Lufterkundung, beweglichen Bodenmannschaften und allen anderen Inspektionsmitteln, die sie ersinnen wollten. All das jedoch im Austausch gegen eine allgemeine und vollständige Abrüstung. Der Westen hatte umfassende Kontrollen ohne Verpflichtung zur Abrüstung gewollt; die Sowjetunion hatte Verpflichtung zur Rüstungsbeschränkung, aber begrenzte Kontrollen gewollt. Nun gab es auf einmal keinen Streit über Kontrollen mehr, und die westlichen Regierungen wurden einfach vor die Frage gestellt: Wagen wir, wie die Sowjetunion, unsere Staaten zur Abrüstung zu verpflichten? Sie sagten weiterhin: Nein! Sie suchten jedoch ihre Weigerung zu verschleiern, indem sie die Kontrollfrage neuerdings als Hindernis für eine Vereinbarung aufrichteten. Das geschah durch die Forderung nach ausgeklügelten Kontrollen im Austausch gegen die Verpflichtung zu nur ganz geringfügigen Schritten auf eine Rüstungsbegrenzung hin, wie zum Beispiel die Abtragung einer gewissen Zahl von Kernwaffen und von Anlagen für die Herstellung angereicherten Uraniums und Plutoniums, die ‚eine nach der andern' geschlossen werden sollten. Das heißen die geübten Wortverdreher im Staatsdepartement ‚stufenweise Abrüstung'. Die amerikanische Öffentlichkeit erfährt nur, daß die Sowjets diese Vorschläge ablehnen. Es sind aber wirklich bloß Ablenkungsversuche, taktische Hilfsmittel, um die Hauptfrage zu umgehen: die tatsächliche Verpflichtung zur vollständigen Abrüstung mit ungehinderter Kontrolle.

Während sich die Beweise häuften, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gegen eine Festigung des Friedens durch Abrüstung

ist, weisen andere Zeichen auf die Entschlossenheit der Regierung Kennedys hin, eher einen Krieg in Europa zu führen als die Folgen eines Friedensvertrages auf sich zu nehmen, der der Deutschen Demokratischen Republik volle Eigenstaatlichkeit verleiht. Es liegt auf der Hand, daß die westlichen Regierungen eines Tages vor der Frage stehen werden: Sollen wir die dauernde Ausdehnung der sozialistischen Welt bis zu den Grenzen hin anerkennen, die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffen worden sind? Sechzehn Jahre lang haben sie sich geweigert, sie anzuerkennen, und die Überzeugung genährt, daß sie es nie tun würden. Der Kern der Acheson-Dulles-Adenauer-Politik ist die Entschlossenheit, den bisherigen Zustand in Deutschland umzustürzen, die Deutsche Demokratische Republik aufzulösen, Ostdeutschland (und vielleicht Teile Polens) der sozialistischen Welt zu entreißen und es dem sowjetfeindlichen Westblock einzuverleiben. Man mag über die Deutsche Demokratische Republik denken was man will, aber sie ist eine Wirklichkeit, die von der Macht der Sowjetunion verteidigt wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten kann der — zugegeben harten — Entscheidung nicht ausweichen, ihre Versteifung auf den Befreiungskreuzzug der vergangenen sechzehn Jahre zu lockern oder in den Krieg zu ziehen. Die Drohung mit Krieg ist in jeder Weigerung der amerikanischen Regierung enthalten, die tatsächliche Grenze zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt anzuerkennen. (Das ist *ein* Grund dafür, daß die Regierung der Vereinigten Staaten jede Verpflichtung zur Abrüstung ablehnen mußte. Ein abgerüsteter Staat kann nicht mehr drohen, seine Ziele durch Krieg zu erreichen.)

«Der Zweite Weltkrieg ist noch nicht zu Ende»

Die Sowjetunion drängt jetzt auf einen Friedensvertrag, der die Kriegsgefahr sehr vermindern würde, indem er ein Einvernehmen über die Grenzen und die souveräne Unverletzlichkeit der Demokratischen Volksrepubliken besiegelte. Solange sich die NATO-Mächte weigern, einer solchen Erklärung zuzustimmen, sagen sie damit, daß die Lage in Osteuropa für sie einer Umgestaltung durch militärische Unternehmungen der NATO fähig sei; daß Osteuropas Schicksal noch nicht entschieden sei; daß die sechzehn Jahre Frieden seit 1945 nur eine Zeit des Waffenstillstands gewesen seien, die von den NATO-Mächten in Erwartung eines freiwilligen Rückzugs der Sowjetunion dazu benützt worden sei, die Militärkraft Deutschlands sich einzuverleiben; daß der Zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende sei und jeden Augenblick gegen jeden Feind, der im Wege stehe, zu Recht wieder aufgenommen werden könne. Der Friedensvertrag würde der Welt verkünden, daß der ins Auge gefaßte Kreuzzug der kapitalistischen Armeen abgeblasen und das friedliche Zusammenleben zwischen den

sozialistischen und den kapitalistischen Staaten Europas ein von allen anerkannter leitender Grundsatz geworden sei.

Es ist vollkommen klar, daß die Regierung der Vereinigten Staaten keine Beendigung des Zweiten Weltkrieges unter solchen Bedingungen will. Sie zieht die gegenwärtige Lage mit ihrer ständigen Drohung einer Wiederaufnahme des Kampfes — diesmal mit deutscher Hilfe und gegen die Sowjetunion als Feind — der steigenden Wirkung von Friedensverträgen vor. Eine solche Politik macht die Vereinigten Staaten zum Feind der Menschheit. Wenn sie fortgesetzt wird, so sind Präsident Kennedy und seine Helfer für ein Verdammungsurteil der Geschichte ausersehen.

Die westlichen Regierungen haben auf den sowjetischen Friedensvorstoß geantwortet, indem sie die militärischen Besatzungen in Westberlin verstärkten und dem falschen Eindruck Vorschub leisteten, daß die Sowjetunion mit einem militärischen Angriff auf Westberlin gedroht habe. Es gibt Millionen Leser westlicher Zeitungen, die glauben, Chruschtschew habe gedroht, Berlin mit Gewalt in seinen Besitz zu bringen, gerade wie Hitler im Konflikt über das Sudetenland die Tschechoslowakei mit Gewaltanwendung bedroht habe. Dank dem Vorantritt Präsident Kennedys sehen sie in der Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion nicht ein Abschreckungsmittel gegenüber den westlichen Plänen, Ostdeutschland gewaltsam herüberzuholen, sondern ein taktisches Manöver der Sowjetunion, um Westberlin ‚durch Erpressung' an sich zu reißen. Die von Kennedy eingeleitete Beschleunigung der Kriegsvorbereitungen, das Aufgebot von weiteren 250 000 Mann, die Zuweisung von zusätzlichen sechs Milliarden Dollar an die Militärausgaben, die Entsendung weiterer Flugzeuge und Truppen nach Europa, die propagandistisch groß aufgemachte Ankunft des amerikanischen Vizepräsidenten mit 1500 zusätzlichen Soldaten in Westberlin, die Austrompetung der Ernennung von General Clay als persönlichen Vertreters des Präsidenten in Berlin, um der Nation erhöhte ‚Urteils- *und Schlagkraft*' zuzuführen — all diese Vorkehrungen sind als zusammengehörige Verteidigungsmaßnahmen ausgegeben worden, mit dem Zweck, einen militärischen Angriff auf Westberlin abzuschrecken. Chruschtschew hat in Wirklichkeit immer wieder gesagt, niemand denke daran, Westberlin anzugreifen. Der Präsident bringt die öffentliche Meinung Amerikas gegen die Sowjetunion auf, verdirbt die Möglichkeiten, einen stetigeren Frieden zu schaffen, durch Verfälschung der sowjetischen Politik, durch Vorspiegelung von Bedrohungen, um die Unterstützung der Öffentlichkeit für verstärkte Militärrüstungen zu gewinnen, die sonst auf Widerstand von seiten einer breiten Schicht der Bevölkerung stoßen würden.

Die Wahrheit wird siegen

Die Schließung der Grenze zwischen Ost- und Westberlin war ein logischer, notwendiger Schritt zur Kontrollierung der Berührungspunkte zwischen einer souveränen Deutschen Demokratischen Republik und einem freien Westberlin, das dieser Souveränität nicht untersteht. Die klare Absicht war dabei, Westberlin als Sondergebiet zu behandeln, nicht etwa es mit Angriff und Aufsaugung zu bedrohen. Diejenigen, die ihre Entrüstung darüber bekundet haben, daß hier eine Grenze wirksam gemacht wurde, die alle zu beachten gezwungen werden sollten, sind in Wirklichkeit nur dagegen, daß jetzt Hindernisse für eine Ausdehnung in der anderen Richtung geschaffen wurden. Sie träumten von einem kapitalistischen Westberlin, das sich aufmachen werde, um ganz Ostdeutschland in seinen Schoß zu ziehen. Und gerade mit dieser Art gefährlicher Träumerei muß einmal Schluß gemacht werden. Überwachung von Grenzen erzeugt keinen Krieg, wohl aber ihre Überrennung.

Zur Überwachung der Zugangswege, die nun bald von den ostdeutschen Behörden ausgeübt werden soll, gehört das Recht, Westberlin zu blockieren, es durch Hunger zur Übergabe zu zwingen. Aber auch damit droht niemand. Die ostdeutschen Behörden haben ihre Bereitschaft erklärt, Sicherheiten für die Beachtung der wirtschaftlichen Bande zwischen Westberlin und Westdeutschland zu bieten.

Wenn es unter diesen Umständen zum Krieg kommt, so müssen sich Millionen Amerikaner innerlichst unbehaglich fühlen. Es wird dann für die fortschrittlichen Amerikaner einen peinlichen Augenblick der Wahrheit geben. Sie können ihre geheime Verurteilung der amerikanischen Politik nicht mit dem Gebot unterdrücken: ‚Fürchte Landesverrat. Gehorche den Geboten des Staates. Denn das kommt allen Menschen zu.' Die Regierung möge sich hüten, unbedingt auf einen blinden Patriotismus in dieser Krise zu vertrauen! Wenn die Westmächte Krieg mit einem sozialistischen Block erzwingen, der beharrlich vernünftige Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben, vollständige und allgemeine Abrüstung und Friedensverträge auf Grund der tatsächlichen Grenzen angeboten hat, dann wird es nicht lang gehen, bis innere Zersetzung in den Streitkräften des Westens und gewaltige sittliche Stärke im sozialistischen Lager ihre Wirkungen bekunden werden.»

Ein einfacher Bürger stellt Fragen

(Schluß)

Man hat inzwischen auch in unabhängigen amerikanischen Kreisen eingesehen, daß das Geschäft die treibende Kraft des Wettrüstens ist. So konnte man im September 1959 in der Neuyorker Zeitung «The